



Zeitung des Stadtverbandes Schwedt der Partei

DIE LINKE.

Nr. 11/2016

Wahlkreisversammlung in Angermünde

Nachdem sich der Bewerber für das Direktmandat zur Bundestagswahl, Ralf Kaiser, bereits mehr-

fach in den Kreisverbänden Barnim und Uckermark vorgestellt hat, stand nun seine Wahl zum Kandidat für das Direktmandat im Wahlkreis 57 an. Die Kreisverbände Uckermark und Barnim hatten am 15. Oktober deshalb zur gemeinsamen Wahlkreisversammlung nach Angermünde eingeladen. 67 Ge-

nossen waren dieser Einladung gefolgt.

Als Gäste konnten die Bundestagsabgeordneten Harald Petzold und Norbert Müller

begrüßt werden. Durch die Tagesleitung führte Michel Wolff, Mitglied im KV Barnim. Sebastian Walter, Vorsitzender des Kreisvorstandes Barnim, sprach zu Beginn über die Bedeutung dieses Direktmandates für unseren Wahlkreis. Im Jahr 2013 ist uns das nicht gelungen. Wir haben es nicht geschafft, die Wähler

von unseren Zielen zu überzeugen. Seit den letzten Wahlen ist die Schere zwischen arm und reich größer geworden. Heute gehen die Menschen gegen die Schwächsten der Gesellschaft, gegen Flüchtlinge, auf die Straße. Wir brauchen einen Politikwechsel. Ralf Kaiser ist dafür unser Kandidat, warb Sebastian Walter. Danach nahm Norbert Müller, Vorsitzender der Bundestags-Kinderkommission, das Wort: Armut in



Deutschland trotz Arbeit, begann er seine Ausführungen. Armut hat für die Betroffenen Folgen: Geringere gesellschaftliche Teilhabe, schlechtere Bildungschancen, Kinder werden schon in Armut geboren. Das Vorgehen gegen Kinderarmut ist eine Aufgabe der LINKEN. In Deutschland leben 2,8 Millionen Kinder in Armut. Das Kindergeld wird auf Sozialleistungen komplett angerechnet. Die Kinder von Langzeiterwerbslosen und von Alleinerziehenden, die zumindest auf aufstockende Sozialleistungen angewiesen sind, weil ihr Einkommen nicht reicht, gehen bei Kindergelderhöhungen leer aus. Wer

Fortsetzung Seite 2

Ein Skandal

Am 19.10. 2016 hatte ein "Reichsbürger" in Georgensgmünd bei Nürnberg auf Polizisten geschossen und einen 32-jährigen Beamten tödlich verletzt. Die Beamten wollten die rechtmäßig in seinem Besitz befindlichen Waffen einziehen. Obwohl sie die BRD nicht als Staat anerkennen und zu ihrer Ideologie häufig auch die Ablehnung der Demokratie und die Leugnung des Holocaust gehören, sah das Bundesamt für Verfassungsschutz bisher keinen Grund sich für diese „Reichsbürger“ zu interessieren. Da sträuben sich einem doch die Haare zu Berge. Ganz anders bei den LINKEN. Seit ihrer Gründung im Jahr 2007 stand unsere Partei unter Beobachtung durch das Bundesamt und einiger Landesbehörden für Verfassungsschutz. Durch das Bundesinnenministerium wurden insbesondere die Arbeitsgemeinschaft Cuba Sí, die Kommunistische Plattform, das Marxistische Forum, die Sozialistische Linke und der Geraer Dialog als extrem gefährlich angesehen. Auch vor der Überwachung einzelner Personen, wie Bodo Ramelow und Petra Pau, wurde nicht zurückgeschreckt. In Bayern wird noch heute unter anderem bei der Bewerbung für den öffentlichen Dienst nach der Mitgliedschaft in der Partei gefragt. Das schreckte die Bayrische Landesregierung aber nicht davor zurück, Reichsbürger als Beamte in den Polizeidienst zu stellen. Erst nach dem Vorfall vom 19.10. will der Verfassungsschutz die Reichsbürger beobachten lassen. Dagegen steht die Beobachtung DER LINKEN in einigen Bundesländern, u.a. in Bayern, zumindest in Teilen noch immer auf der Tagesordnung. Ein Skandal.

Sylvia Anklam

Aus dem Inhalt:

Wahlkreisversammlung	S.1
Runder Tisch zur Kinderarmut	S.2
Auf den Spuren der Macht	S.3
Kita-Urteil	S.3
Flüchtlinge und Vorurteile	S.3
Infos	S.4
SODI für Weissrussland	S.5

Kinderarmut wirklich bekämpfen möchte, muss eine Kindergrundsicherung für alle Kinder einführen. Übrigens leben auch mehr als 24% der Schwedter Kinder in Armut. Die AG Kinderarmut in Schwedt, mit Bärbel Ramm als Leiterin, hatte sich erst unlängst diesem Thema angenommen. Ein weiteres Problem ist die Armut im Alter. Wenn die Rente wieder den Lebensstandard im Alter sichern soll, muss eine durchschnittliche Rente mindestens 53 Prozent des durchschnittlichen Lohns betragen. „Arbeiten bis zum Umfallen wird für immer mehr Menschen zur traurigen Realität, und die Politik ist gefordert, darauf zu reagieren. DIE LINKE setzt sich für eine armutsfeste solidarische Mindestrente für alle ein. Das Rentenniveau muss wieder deutlich angehoben werden. Die leidige Debatte um eine weitere Erhöhung des Renteneintrittsalters muss beendet werden, denn letztlich geht es dabei immer

nur um weitere versteckte Rentenkürzungen.“ So lautet die Forderung der LINKEN im Bundestag. Damit die Rente später zum Leben reicht, muss der Mindestlohn auf 12 EUR/h angehoben werden. Das fordert auch die Gewerkschaft, wie Ralf später mitteilte. 1050 EUR Mindestrente, das ist bei Umverteilung von gesellschaftlichem Reichtum möglich. Die Umverteilung muss auf die Tagesordnung. Harald Petzold überbrachte die Grüße der Landesgruppe der Bundestagsabgeordneten. Er verwies auf die wichtigsten Aufgaben, die vor unseren Bundestagsabgeordneten stehen: Die Entwicklung der ländlichen Räume, Beseitigung der Kinderarmut, soziale Gerechtigkeit für alle, Europa und die Flüchtlingspolitik. Die Kandidatur von Ralf Kaiser als ein Mann der Gewerkschaft wird nicht nur von ihm begrüßt, auch Sabine Stüber, unsere ehemalige Bundestagsabgeordnete, machte sich für

Ralf stark. Dann ergriff Ralf Kaiser, der sich auch schon den Schwedter Genossen vorgestellt hatte, das Wort. Aus meiner Sicht war es eine kämpferische Rede, die beste, die ich von ihm bisher gehört hatte. Neben dem Kampf gegen Armut, der öffentlichen Daseinsvorsorge waren die Neugestaltung eines friedlichen Europas mit einer anderen Flüchtlingspolitik, einige seiner Themen. Aufrüstungen stoppen, lieber mehr Geld für Schulen und Kitas als für Bomben. Wir müssen wieder eine Kümmerer-Partei werden. Es ist unser Wahlkampf, wir müssen ihn gemeinsam führen, wandte er sich an alle Anwesenden. Ralf bekam ein super Ergebnis. Mit 65 ja Stimmen und einer Enthaltung wurde Ralf Kaiser zu unserem Spitzenkandidaten zur Bundestagswahl 2017 gewählt.

Sylvia Anklam

Runder Tisch gegen Kinderarmut

„Kinderarmut ist eines der bedrückendsten Probleme in unserer Gesellschaft. In Brandenburg gilt fast jedes vierte Kind als armutsgefährdet. Kinder in Armut haben besonders häufig gesundheitliche Nachteile und einen schlechten Zugang zur Bildung, leiden unter mangelnder sozialer Teilhabe sowie einem erschwerten Übergang in das Erwerbsleben.“ zu dieser Feststellung gelangte nicht nur das Ministerium für Arbeit, Gesundheit, Frauen und Familie. Zum Runden Tisch gegen Kinderarmut in Schwedt erschienen Leiterinnen und Vertreter von Ämtern, Einrichtungen, Projekten und Vereinen und dem Klinikum. Die Zahl der Gäste war überwältigend. Eingeladen hatten der Bürgermeister Herr Polzehl und als Vertreter der AG Kinderarmut Bärbel Ramm. Moderiert und begleitet hat das Tagesprogramm Claudia Kleinert vom Peepcomm im Auftrag des oben angeführten Ministeriums. Der Runde Tisch hat für das Jahr 2016 das Thema „Materielle Armut“ in den Vordergrund gestellt. Ziel ist es, eine Plattform zu schaffen, die die Möglichkeit bietet, Akteure und deren Projekte kennenzu-

lernen, Erfahrungen auszutauschen und nachhaltige Projekte zu entwickeln. Die Öffentlichkeit muss für das Thema Kinderarmut sensibilisiert werden. Gemeinsam gilt es Kinderarmut zu bekämpfen und ihre Entstehung zu verhindern. Der Runde Tisch arbeitet in verschiedenen Orten. In Schwedt wurden Arbeitsgruppen gebildet, die sich mit den Ursachen und Folgen von Kinderarmut beschäftigten und es wurden Lösungsansätze bzw. Ideen gesammelt. Wir haben die Erfahrungen ausgetauscht und eine Kontaktliste aller Teilnehmer zusammengestellt. Damit wurde der Ausgangspunkt einer Vernetzung gestaltet. Die Schritte der Veranstaltung und deren Ergebnisse hat ein begabter Zeichner in einer witzigen Karikatur dargestellt. Fazit ist, viele Schwedter sind an dem Thema sehr interessiert. Die Situation der Kinder wird von allen Seiten als sehr ernst bewertet. Die überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit und ungenügende Ausbildung der Eltern sind Hauptursachen für die unbefriedigende Situation in der Uckermark. Viele Eltern müssen es wieder lernen, Zeit gemeinsam mit ihren Kindern zu verbrin-

gen. Es reicht nicht aus, nur die Grundbedürfnisse eines Kindes, zu befriedigen. Gemeinsames Spiel, sportliche Betätigung, gemeinsames Kochen und Essen sind geeignete Mittel, um Kinder sprachlich, intellektuell und gesundheitsbewusst zu fördern. In Schwedt gibt es bereits viele Akteure in den unterschiedlichsten Einrichtungen, die betroffenen Familien in den verschiedensten Bereichen Hilfe anbieten. Die Stadtverwaltung unterstützt die Projekte mittels Öffentlichkeitsarbeit (Broschüren, Internet). Alle Akteure möchten die Situation von Betroffenen verbessern und loten ihre Möglichkeiten aus. Die Abschlussveranstaltung des Runden Tisches findet am 16.11.2016 in Frankfurt/Oder statt. In den kommenden Jahren setzt das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie des Landes Brandenburg die Themenreihe fort. 2017/18 werden die Themen „Sozialer Lage, Bildung und Gesundheit“ öffentlich diskutiert.

Bärbel Ramm
AG Kinderarmut

Auf den Spuren der Macht

Die Simulation Europäisches Parlament (SIMEP) wurde 1999 von der Jungen Europäischen Bewegung (JEB) ins Leben gerufen und wird seitdem jedes Jahr mit großem Erfolg organisiert. Seit 2009 findet die SIMEP an zwei Terminen im Jahr statt. Das Berliner Abgeordnetenhaus ist seit Jahren die Bühne für diese einzigartige Veranstaltung. Die SIMEP ist eine Art Simulationsspiel, bei dem mehr als 400 interessierte Jugendliche die Möglichkeit bekommen, europäische Politik hautnah mitzuerleben. Sie schlüpfen in die Haut eines Europaabgeordneten und diskutieren in

Fraktionen, Ausschüssen und im Plenum über komplexe Thematiken der Europapolitik. In diesem Jahr stehen die Themen Asyl- und Migrationspolitik und TTIP im Vordergrund. Prominente Gäste begleiten jährlich die SIMEP, so war im letzten Jahr der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, anwesend. Die jungen Leute lernen, gemeinsam sachlich zu diskutieren, vor allem mit Menschen, die eine konträre Meinung vertreten. Außerdem sollen Lösungen für komplexe Probleme gefunden werden. Sachkompetenz, Argumentationskunst und

Kompromissfähigkeit sind hierbei vor allem gefordert. In Zeiten wie diesen, wo die Europäische Union immer weiter auseinanderbricht und Rechtspopulisten offen Stimmung gegen einen Zusammenhalt der einzelnen Staaten machen, sind Projekte wie die SIMEP von großer Bedeutung. Die Begeisterung für die Politik in Europa soll den Jugendlichen vermittelt werden. Ich werde dieses Jahr zum zweiten Mal an der SIMEP teilnehmen und freue mich auch in diesem Jahr wieder auf spannende Debatten und informationsreiche Tage in Berlin.

Niklas Zehrt

Kita-Urteil ist richtig, aber bestraft Kommunen doppelt

„Das Urteil des Bundesgerichtshofs legt den Finger in die Wunde des mangelhaften Kita-Ausbaus und bestärkt die Rechte der Familien. Aber es bestraft die Kommunen doppelt: Sie müssen nicht nur den enorm teuren Kitaausbau stemmen, sie müssen jetzt auch noch Schadensersatzansprüche der Familien begleichen. Damit lässt der Bund die Kommunen mit dem Kitaausbau doppelt im Regen stehen“, erklärt Norbert

Müller, kinder- und jugendpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, anlässlich der Entscheidung des Bundesgerichtshofs, wonach nicht bereitgestellte Kinderbetreuungsplätze einen Schadensersatzanspruch der Eltern gegenüber den Kommunen nach sich ziehen. Müller weiter: „Dem vom Bund geschaffenen Rechtsanspruch müssen endlich angemessene bundespolitische Maßnahmen folgen. DIE LINKE fordert

daher erneut ein Kita-Qualitätsgesetz, welches die finanzielle Last zwischen Bund, Ländern und Kommunen neu verteilt und den Bund angemessen in die Pflicht nimmt. Wer bessere Betreuungsangebote zu Gunsten aller Familien schaffen will, muss auch endlich die nötigen finanziellen Mittel dafür zur Verfügung stellen.“

*Pressemitteilung von Norbert Müller,
21. Oktober 2016*

Mit dem Kopftuch kommen die Vorurteile

Die Landesarbeitsgemeinschaft Flucht und Migration sowie die LAG Frauen lud zur Debatte „Burka, Niqab, Kopftuch - Bekleidungs Vorschriften im Spannungsfeld von Religion, Emanzipation und Islamophobie“ ins Lothar-Bisky-Haus ein. Andrea Johlige, (DIE LINKE), Feride Aktas und Gülhanım Karaduman-Cerkes (beide Sehitlik-Moschee) bildeten das Podium. Anlass der Veranstaltung, so betonte Johlige (Sprecherin für Asylpolitik der Fraktion DIE LINKE im Landtag), sei, dass die Debatte um religiöse Bekenntnisse zwar auf Hochtouren läuft, diese aber in der Regel nicht mit den betroffenen Frauen geführt wird. Dabei seien auch in der LINKEN oft Unsicherheiten vorhanden, wie bspw. mit Rufen nach dem Verbot der Vollverschleierung in der Öffent-

lichkeit oder dem Kopftuch in öffentlichen Verwaltungen umzugehen sei. Diesen Fragen wolle man sich an diesem Abend widmen. Aktas erklärte die Herkunft und den Sinn der verschiedenen Formen der religiösen Bedeckung im Islam. Sie kritisierte, dass die Debatte dabei zu oft von Unwissenheit geprägt sei. Im Mehrheitsislam gäbe es die Vorstellung, dass Gesicht und Hände frei bleiben sollten, daher sei eine Burka in den meisten islamisch geprägten Gebieten nicht gerne gesehen. Natürlich gäbe es verschiedene Auslegungen des Islams und seiner Glaubensgrundsätze, doch diese seien ebenso im Christentum vorhanden, beispielsweise wenn es um gleichgeschlechtliche Liebe geht. Beide Frauen berichten von den unterschiedlichen Erfahrungen, die sie mit und ohne

Kopftuch gehabt haben. Aktas überraschte die Anwesenden damit, dass sie sich bisher noch nicht entschließen könne, den Hidschab (das Kopftuch) stets zu tragen, weil sie dafür noch nicht stark genug sei. Es bedürfe Mut, dies zu tun, und sie hoffe, diesen irgendwann aufzubringen. Die Bedeckung ist für sie ein religiöses Bekenntnis, das sie für sich anstrebe. Beide Frauen waren einig, dass sie mehr Aufmerksamkeit erhalten und auch mehr Ablehnung erfahren, wenn sie hier in Deutschland eine religiöse Bedeckung tragen. So berichtete Gülhanım Karaduman-Cerkes von vielen Muslimas, die sich bewusst für den Hidschab entschieden haben und dadurch im öffentlichen Raum islamophobe und fremdenfeindliche Kommentare

Fortsetzung Seite 4

ertragen mussten. Ohne Kopftuch sei es in Deutschland leichter, da nur dann auf einer Augenhöhe mit den Frauen kommuniziert würde. Trage man ein Kopftuch, so Aktas, würde man zudem meist automatisch für einen Flüchtling gehalten, der kein Deutsch versteht. Auch bei der Jobsuche stelle das Bekenntnis zum Kopftuch ein Hindernis dar. Auf die Frage, wie frauenfeindlich der Islam sei, antworteten beide, es gäbe verschiedene Lebensrealitäten muslimischer Frauen; jene die gezwungen würden Burka oder

eine andere religiöse Bedeckung zu tragen und diese Auswüchse sollten nicht negiert oder ignoriert werden. Unterdrückung und Zwang seien stets abzulehnen. Unterdrückung sei dem Islam nicht inhärent, waren sich die Diskutantinnen einig. Vielmehr seien es tradierte Rollenbilder und eine patriarchische Kultur, die Religion als Rechtfertigung nutze. Männer und Frauen brauchten in erster Linie Bildung und Aufklärung was ihre Rechte sind und was ihre Religion wirklich bedeutet. Der Islam an

sich lehne Zwang aber ab und bewerte Geschlechter gleichwertig. Der Abend war sehr spannend und es hat sich gezeigt, dass die Entscheidung in dieser Debatte muslimische Frauen zu Wort kommen zu lassen, völlig richtig war. Das gemeinsame Gespräch hat sicher allen Anwesenden den Horizont erweitert und Verständnis für Frauen im Islam geweckt.

Claudia Sprengel

KV HVL / PV

Förderungen für Sport, Kunst- und Musikschulen steigen

Rot-Rot löst ein weiteres Versprechen ein: Die Förderungen des Sportes sowie der Kunst- und Musikschulen werden erhöht. Die entsprechenden Gesetzentwürfe, die noch durch den Landtag müssen, hat die Landesregierung gestern beschlossen. Die Sportförderung soll

von 16 auf 17 Mio. Euro und die der Kunst- und Musikschulen von 3 auf 5,1 Mio. Euro steigen. "Für beide Verbesserungen hat sich die Linksfraktion intensiv eingesetzt", so die sportpolitische Sprecherin Kathrin Dannenberg. Die kulturpolitische Sprecherin Gerrit Große

betonte, dass so die Rahmenbedingungen für Sport und musische Bildung maßgeblich verbessert werden. "Wir stehen zu unserem Wort und erfüllen die Forderung der Volksinitiative für bessere Musikschulen von 2014.

Ausgezeichnete Gesundheitsprojekte

Am Montag nahm Gesundheitsministerin Diana Golze an der Preisverleihung für den Gesundheitspreis Brandenburg teil. Mit diesem Innovationswettbewerb, der seit 2014 alle zwei Jahre durchgeführt wird, werden innovative und praxiserprobte Projekte, Modelle oder zukunftsweisende Konzepte, die zur Verbesserung von Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen beitragen, gesucht. In diesem Jahr wurden Projekte ausgezeichnet, die sich mit

Sport- und Bewegungsangeboten an Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen wenden. Die 30.000 EURO Preisgeld entfielen dabei auf die beiden Erstplatzierten Wassersport PCK Schwedt für die Entwicklung eines eigenständigen Bereiches Gesundheitssport sowie auf das Rehasentrum Neuruppin für das Programm „Sport zum Leben“. Auch die Zweitplatzierten, die Deutsche Rheumaliga sowie der Kreissportbund Märkisch-Oderland,

profitieren davon. In Ihrem Beitrag betonte Diana Golze, dass die eigentlichen Gewinnenden die Nutznießer der Angebote seien, „die von Ihren Ideen und Ihrem Einsatz profitieren. Diesen Menschen fällt es oft sehr schwer, sich trotz Einschränkungen oder Schmerzen zu mehr körperlicher Aktivität zu überwinden oder auch das für sie richtige Angebot zu finden.“

Hilfe für Cuba Sí-Projekt nach Hurrikan Matthew

Man liest die Meldungen, sieht die Bilder – was ein Hurrikan aber tatsächlich für die Menschen in der betroffenen Region bedeutet, ist nur schwer fassbar. Hurrikan Matthew zog in der Nacht vom 4. zum 5. Oktober mit Spitzengeschwindigkeiten von bis zu 300 km/h über den Ostteil Kubas. Viele Familien haben ihre Häuser verloren. In der Stadt Baracoa sind rund 90 Prozent der Dächer zerstört oder beschädigt. Zehntausende Menschen müssen sich in den

Notunterkünften aufhalten. Kuba hatte vor dem Eintreffen des Hurrikans 1,3 Millionen Menschen evakuiert – dadurch muss das Land keine menschlichen Opfer beklagen. Bitte helft mit einer Spende, damit die entstandenen Schäden im Cuba Sí-Projekt in der Provinz Guantánamo schnell beseitigt werden können bitte helft mit einer Spende, damit die entstandenen Schäden in unserem Projekt in der Provinz Guantánamo schnell beseitigt werden können.

Wer spenden möchte, sollte bitte unbedingt den korrekten Verwendungszweck bei der Überweisung verwenden: „Milch für Kubas Kinder/Guantánamo“. (Als AG der LINKEN müssen die Spenden unseren konkreten Projekten zugeordnet sein – eine allgemeine Katastrophenhilfe ist Parteien nicht gestattet.) Vielen Dank für Ihre und Eure Unterstützung.

Spenden bitte an: DIE LINKE/Cuba Si
IBAN: DE06 1005 0000 0013 2222 10,
BIC: BE LA DE BE XXX

Ein ungewöhnlicher Besuch im Sanitätshaus Fuchs

Auf ihrer Tour durch unsere Region machte unsere Bundestagsabgeordnete Kirsten Tackmann, Station im Sanitätshaus „Fuchs“, und traf sich dort mit dem Vorsitzenden von SODI (Solidaritätsdienst International), Rolf Sukowski. Warum gerade dort? - Weil das Sanitätshaus ein Ort in Schwedt ist, das seit 11 Jahren durch Nastja eng mit SODI verbunden ist. Aber nicht Nastja galt in erster Linie das Treffen, sondern der Übergabe wichtiger Dokumente. Der Verein unserer Bundestagsfraktion DER LINKEN unterstützt die SODI – Gruppen entlang der Oder seit einigen Jahren mit einer Spende zur Durchführung der Tschernobyl - Woche in unseren Städten. Kirsten Tackmann, begleitet von der Landtagsabgeordneten Isabell Vandre, war gekommen, um den Spendenscheck in Höhe von 500 € an den Vorsitzenden des Vorstandes von SODI, Rolf Sukowski, zu übergeben. Bei der Übergabe betonte Kirsten Tackmann, wie wichtig es ist, die Erinnerung an Tschernobyl bei uns wach zu halten und die Menschen in den betroffenen Gebieten nicht zu vergessen, die unter den Folgen auch 30 Jahre nach der Katastrophe zu leiden haben. Gern unterstützt der Verein solche sozialen Projekte. Rolf Sukowski konnte seinerseits die 1060 Unterschriften übergeben, die im Rahmen der Tschernobyl - Woche 2016 gegen die Subventionierung

von Atomkraftwerken durch die Europäische Union gesammelt wurden. Er bat die Bundestagsabgeordnete um die Weiterleitung an den EU – Parlamentspräsidenten, Herrn Dr. Schulz. Gleichzeitig wies Rolf Sukowski auf das schizophrene Verhalten des Europäischen Parlaments hin, das einerseits Schirmherr für die europaweite Tschernobyl - Woche 2016 war und andererseits den Bau von Atomkraftwerken subventioniert. Als Sprecher der SODI – Gruppen für 2016 konnte ich gleichzeitig mitteilen, dass wir die Verpflichtung für den Kauf eines neuen Autos als mobile Messstation in Höhe von 25 000 € erfüllt haben. Das Auto ist vom Institut BELRAD bereits gekauft, ausgerüstet worden und ist schon im Einsatz in noch immer verstrahlten Gebieten in Belarus. Davon konnten sich auch die Teilnehmer einer Reisegruppe im Juni 2016 in Minsk selbst überzeugen.

Neben dem Bericht über unsere Projekte vor Ort in Belarus wurde natürlich auch über Nastjas Fortschritte in diesem Sommer und ihre Perspektive gesprochen. Ohne das Verständnis und Engagement des Sanitätshauses, insbesondere des Orthopädiemeisters Enrico Scherfel, wäre die jetzige Lebensqualität für Nastja nicht erreicht worden. Dafür wurde den Mitarbeitern und der Geschäftsführung durch den Vorstandsvorsitzenden von SODI herzlich gedankt.

Gleichzeitig konnte darüber informiert werden, dass die Tschernobyl - Woche 2017 in einer weiteren Stadt der Uckermark Station machen wird – in Templin. Der Dank der SODI –Gruppen gilt neben allen direkten Spendern in der Uckermark für Nastja, auch all denen, die unsere Aktivitäten in Sokolowka, im Sanatorium Nadeshda oder der Elternselbsthilfe in Kritschew durch Spenden beim Neuen Deutschland für SODI unterstützt haben. Diese Spenden sichern für weitere 2 Jahre unsere Arbeit vor Ort. Am Nachmittag besuchten unsere 2 Abgeordneten auch noch das Frauenzentrum in unserer Stadt. Die Frauen vom Verein haben über ihre Arbeit und über die verschiedenen Angebote des Frauenzentrums berichtet. Sie haben davon berichtet, wie gut die Angebote angenommen werden und wie viel ehrenamtliches Engagement daran hängt, das Haus immer wieder mit Leben zu füllen. Es gibt insgesamt nur noch zwei weitere vergleichbare Einrichtungen im Land Brandenburg. Aus diesem Grund ist das Frauenzentrum schon etwas Besonderes. Die Besucherzahlen zeigen, dass die Angebote angenommen und gebraucht werden. Der Verein hofft natürlich auch weiterhin auf die entsprechend notwendigen finanziellen Mittel.

Christa Dannehl

Nahes, doch weitgehend unbekanntes Land entdecken

Das kann sich für Sie alle schnell ändern, wenn Sie mit uns eine etwas außergewöhnliche Busreise in den Herbst nach Belarus oder Weißrußland im Oktober 2017 antreten. „Begegnungen mit Geschichte, Kultur, Sport, Natur und Menschen in und bei Brest, Stary Lepel, Lode, Witebsk, Chotyn, Minsk erwarten Sie vom 22. Oktober bis 03. November 2017“, heißt es in der Ausschreibung. Wir können Gastfreundschaft hautnah erleben, aber auch einen Einblick in

das Engagement der SODI –Gruppen entlang der Oder vor Ort bekommen und

dabei auch Nastjas Heimatstadt Witebsk näher kennenlernen. Es wird viele interessante Erlebnisse geben auch mit Möglichkeiten der individuellen Programmgestaltung. Das kann ich versprechen, da ich schon mehrfach mit solch einer Reisegruppe in Weißrußland weilte.

„Das Beste aber, dem Du begegnen wirst, das werden die Menschen sein.“ Th.Fontane

Wer nähere Informationen möchte, wendet sich bitte an Christa Dannehl, Tel:291771



Begrüßung der Reisegruppe 2015 in Witebsk

Termine

Stadtvorstand	24.11.2016
Fraktionssitzung	05.12.2016
Kreisvorstand	07.12.2016
SVV	08.12.2016
Stadtvorstand	15.12.2016

Am

30. November 19.30 Uhr

findet an den UBS, Foyer Grosses Haus,
eine Gesprächsrunde zum Thema

„Welches Land wollen wir sein? - Einwanderung, oder
was glauben Sie eigentlich, wo wir herkommen?“
statt.

Der Eintritt ist frei.

Herzlichen Glückwunsch zum Jubiläum!

22.11.16	Frank Nitzschke	zum 65. Geburtstag
01.12.16	Ursula Taubert	zum 80. Geburtstag

Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

23.11.16	Ingrid Gernoth	zum 78. Geburtstag
29.11.16	Andreas Grote	zum 36. Geburtstag
11.12.16	Marlis Wiegand	zum 84. Geburtstag
19.12.16	Frieda Nowak	zum 96. Geburtstag



Rainer Sturm/ pixelio.de

Zum guten Schluss

Linkenchef Bernd Riexinger zur Sympathie des Grünen-Politikers Winfried Kretschmann für Angela Merkel (CDU): „Kretschmann für Merkel? Wie ein BVB – Fan, der Schalke die Daumen drückt. Völlig absurd! Vielleicht sollte er die Mannschaft wechseln?“



KoppHoch erscheint monatlich. Wir freuen uns über jeden neuen Abonnenten, der die Herausgabe mit einer Jahresspende von mindestens 3,00 € unterstützt.

Redaktionsschluss der Ausgabe 12/2016: 09.12.16, Abholtermin: 19.12.16

Impressum

Herausgeber:

Stadtvorstand der Partei DIE
LINKE. Schwedt

V.i.S.d.P.:

Sylvia Anklam

Redaktion:

M.Gohl, S.Anklam, D.Meyner

Gestaltung:

A. Grote

Druck:

Druckerei Wippold

Vertrieb:

Geschäftsstelle der Partei DIE
LINKE. Schwedt

Sprechzeiten

Geschäftsstelle

Auguststraße 2, Zi. 207/208
Mo-Do 10-12 Uhr

Leiter der Geschäftsstelle

Di, 10-12 Uhr

Finanzen

Mo, 28.11.16, 10-12 Uhr

Mo, 05.12.16, 10-14 Uhr

Mo, 19.12.16, 10-12 Uhr

Kontakt und Adressen

DIE LINKE Stadtverband Schwedt/Oder

Auguststraße 2, 16303 Schwedt

e-mail: [schwedt@dielinke-
uckermark.de](mailto:schwedt@dielinke-
uckermark.de)

Tel./Fax: (03332) 31928

Webseite: [http://www.dielinke-
uckermark.de](http://www.dielinke-
uckermark.de)

DIE LINKE Schwedt/Oder

Fraktion SSV

Tel. 839334

Auguststraße 2, 16303 Schwedt

KoppHoch ausgelesen? Bitte weitergeben an jemanden, der ihn vielleicht auch gerne lesen würde oder sollte!